

Motivation für politische Ehren- und Nebenämter

In der Schweiz – und speziell im Kanton Graubünden – gibt es eine Vielzahl kleiner und mittelgrosser Gemeinden, deren Behördentätigkeit weitgehend auf dem politischen Ehren- und Nebenamt basiert. In der jüngsten Zeit zeigt sich, dass das Milizsystem an Grenzen stösst, da das Interesse an einer solchen Tätigkeit aus verschiedenen Gründen abnimmt. Ein Forscherteam der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur hat die Situation der politischen Ehren- und Nebenämter im Kanton Graubünden untersucht.

Gemeindeführung ist in der Schweiz stark geprägt von einer Milizstruktur. Nur knapp 2% aller Gemeinderäte in der Schweiz sind vollamtlich, 17% nebenamtlich und 81% ehrenamtlich tätig (vgl. Ladner 2008). Dieses System hat den Vorteil, dass es wesentlich kostengünstiger ist als die Beschäftigung vollamtlicher Behördenmitglieder. Doch besonders kleine und mittelgrosse Gemeinden stehen heute zunehmend vor der Herausforderung, entsprechend qualifizierte Behördenmitglieder zu finden, welche die Bereitschaft aufbringen, ein politisches Neben- oder Ehrenamt auszuführen. Viele Ämter bleiben unzureichend besetzt. Das Milizsystem scheint an seine Leistungsgrenze zu stossen.

Unterschiedliche Gründe für mangelndes Engagement

In der Literatur finden sich vereinzelt Ausführungen zum abnehmenden Engagement für politische Ehren- und Nebenämter (vgl. Geser 2010, 2009). Diese beinhalten beispielsweise eine mangelnde Vereinbarkeit der politischen Tätigkeit mit dem «Hauptberuf», eine gestiegene Anforderung an die Qualifikation, lange Amtsperioden sowie einen allgemeinen Trend hin zum Individualismus. Bisherige Lösungsansätze beziehen sich etwa auf Gemeindefusionen, da in fusionierten Gemeinden Behördenstellen besser entlohnt, die Aufgaben der Behördenmitglieder ausgeweitet und die Stellen zum Teil vollamtlich besetzt werden können. Doch auch in fusionierten Gemeinden besteht häufig das Problem weiter, da hier Behördenstellen ebenfalls nicht ausschliesslich vollamtlich, sondern nur neben- oder ehrenamtlich besetzt werden können. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich ein Forscherteam der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur mit der Frage, wie es um das politische Ehren- und Nebenamt in Graubünden steht. Insbesondere in Graubünden ist

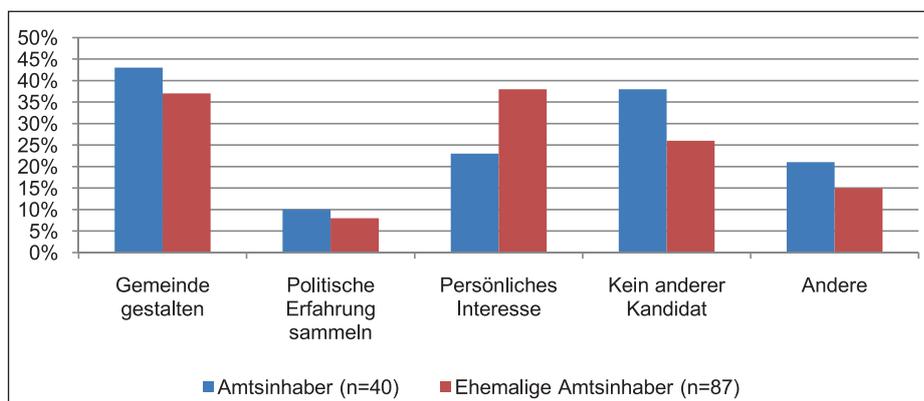


Abbildung 1: Motivation, ein Amt in der Gemeinde zu übernehmen (Mehrfachnennungen).

eine Vielzahl an kleinen Gemeinden mit der Rekrutierungsproblematik konfrontiert. Daher wurde im Dezember 2010 eine computergestützte Telefonumfrage bei der Bündner Bevölkerung durchgeführt (siehe Kasten).

Der Gestaltungsaspekt steht im Vordergrund

An der Befragung nahmen 481 Personen teil. 282 Personen waren weiblich, 199 männlich. Die Altersstruktur der Befragten entspricht etwa der Altersstruktur der Bevölkerung im Kanton Graubünden. Untersucht nach dem politischen ehren- und nebenamtlichen Engagement zeigt sich folgendes Bild: Von den Befragten waren 74% bisher nie in der Gemeindebehörde tätig, 18% übten

bereits einmal ein Amt aus, und weitere 8% sind derzeit im Amt.

Befragt nach der Motivation (Abbildung 1), ein Amt in der Gemeinde zu übernehmen, zeigt sich, dass sowohl bei den aktuellen als auch bei den ehemaligen Amtsinhabern der Gestaltungsaspekt im Vordergrund steht. Ein differenziertes Bild ist beim persönlichen Interesse und beim Kandidatenaspekt ersichtlich. Während bei den ehemaligen Amtsinhabern das persönliche Interesse eine wichtige Rolle spielte, ist dies bei den aktuellen Amtsinhabern deutlich weniger der Fall. Umgekehrt verhält es sich beim Kandidatenaspekt, der bei den aktuellen Amtsinhabern eine deutlich grössere Rolle spielt. Dies ist ein Indiz für die heutige Rekrutierungsproblematik.

	Ehemalige Amtsinhaber (n=87)	Angefragte (n=71)
Aufwand	93%	39%
Beruf	14%	25%
Entlohnung	1%	1%
Familie	7%	20%
Anerkennung	5%	1%
Interesse	15%	21%
Amtsperioden	15%	0%
Andere	38%	14%

Tabelle 1: Gründe für die Amtsablehnung (Mehrfachnennungen).

Tabelle: zvg

Die Amtsdauer nimmt ab

Ferner zeigen sich deutliche Unterschiede in der Amtsdauer bei den heutigen und bei den ehemaligen Mitgliedern. Während die durchschnittliche Amtsdauer bei früheren Amtsinhabern noch acht Jahre betrug, so liegt sie bei den heutigen bei knapp sechs Jahren. Erfreulich ist, dass mit 82% die meisten der aktuellen Amtsinhaber von ihrem Amt überzeugt sind

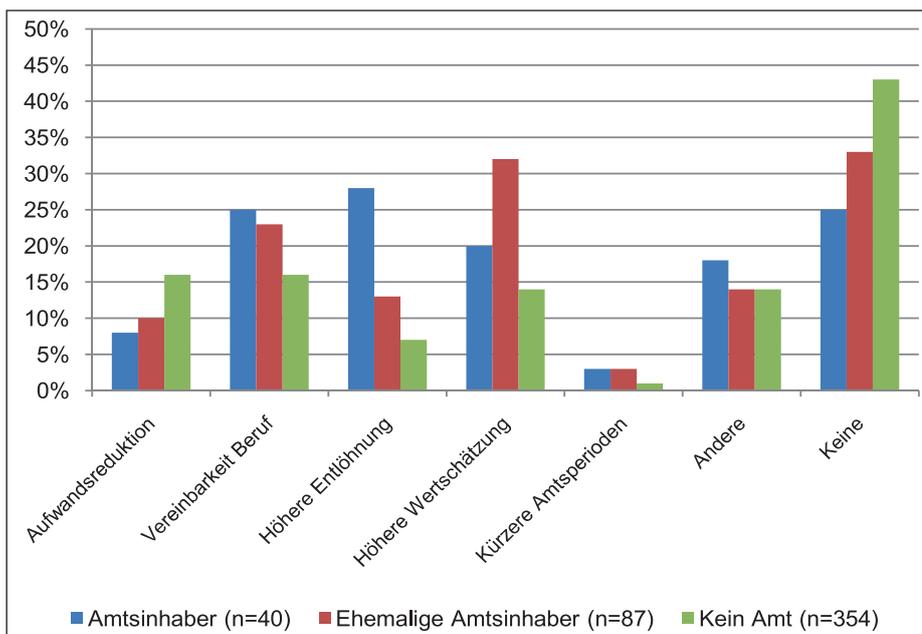


Abbildung 2: Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung des politischen Ehren- und Nebenamtes (Mehrfachnennungen). Grafiken: zvg

und wieder kandidieren würden. Erwartungsgemäss würde hingegen von den ehemaligen Amtsinhabern der Grossteil nicht mehr kandidieren. Hier stellt sich die Frage, warum sie ihr Amt niedergelegt haben (siehe Tabelle 1). Es zeigt sich sehr deutlich, dass der wichtigste Grund der hohe Arbeitsaufwand ist, der das Amt mit sich bringt. 93% der ehemaligen Amtsinhaber gaben aus diesem Grund ihr Amt auf. Andere Gründe spielten hingegen eine untergeordnete Rolle. So ist insbesondere auch interessant, dass die Frage der Entlohnung kaum eine Rolle spielt, ebenso wie die Vereinbarkeit des Amtes mit Familie und Beruf.

Etwas anders sieht dies bei den Personen aus, die schon einmal angefragt wurden, ein Amt zu übernehmen und abgelehnt haben. Hier wird der Aufwand des Amtes weniger gewichtet, dafür steht die Vereinbarkeit mit dem Beruf und der Familie stärker im Vordergrund. Tatsächlich scheint es so, dass der wöchentliche Aufwand früher höher war als er es heute ist. Die aktuellen Amtsinhaber verwenden nur mehr 2,5 Stunden wöchentlich, wohingegen der Aufwand bei den Ehemaligen mit fünf Stunden pro Woche angegeben wird. Dieser Aufwand wird in der Regel neben der hauptberuflichen Tätigkeit geleistet. Nur in wenigen Fällen unterstützt der Hauptarbeitgeber etwa in Form von Freistellungen während der Arbeitszeit.

Wie bereits erwähnt sind von den 481 befragten Personen 354 (71%) nicht politisch tätig. Diese wurden danach befragt, was für sie zwingend erfüllt sein

müsste, um ein politisches Ehren- oder Nebenamt auszuführen (siehe Abbildung 2). Mit 43% gab ein relativ grosser Teil der Befragten an, dass sie nichts zur Übernahme eines solchen Amtes motivieren würde. Immerhin meldeten jeweils etwa 15% der Befragten zurück, dass sie eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf, eine Aufwandsreduktion sowie eine höhere Wertschätzung zur Amtsübernahme motivieren würde. Das bedeutet, dass durch entsprechende Massnahmen für wesentliche Bevölkerungsteile ein Anreiz zur Übernahme des politischen Ehren- oder Nebenamtes geschaffen werden kann.

Ähnlich sieht es bei den früheren Amtsinhabern aus. Ca. ein Drittel scheint nicht mehr motivierbar zu sein. Sie sehen keine Möglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des politischen Ehren- und

Nebenamtes. Auffallend ist jedoch, dass ebenfalls etwa ein Drittel der früheren Amtsinhaber eine höhere Wertschätzung als notwendige Verbesserungs-massnahme sieht. Das bedeutet, dass jene vermutlich zur Zeit ihrer Amtsausübung zu wenig Anerkennung für die geleistete Tätigkeit erfahren haben. Für ein weiteres Viertel der früheren Amtsinhaber sollte zudem die Vereinbarkeit mit dem Beruf verbessert werden. Aufwandsreduktion und Entlohnung spielen hingegen eine geringere Rolle. Im Gegensatz hierzu ist die Entlohnung für aktive Amtsinhaber von grösserer Bedeutung. Mehr als ein Viertel gibt an, dass eine bessere Entlohnung die Attraktivität ihrer Tätigkeit steigern würde. Auch hier sind die Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Wertschätzung wichtige Aspekte.

Das Milizsystem hat sein Potenzial noch nicht ausgeschöpft

Insgesamt lässt sich eine grosse Bevölkerungsgruppe identifizieren, die – ungeachtet aller Lösungsmöglichkeiten – nicht für ein politisches Ehren- oder Nebenamt zu motivieren ist. Andererseits besteht jedoch auch grosses Potenzial, die Attraktivität des politischen Ehren- und Nebenamts bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch entsprechende Massnahmen zu steigern. Hervorzuheben sind hier insbesondere, die höhere Wertschätzung und Anerkennung der politischen Tätigkeit und die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Milizsystem der Schweiz noch über Potenziale verfügt.

Dr. Judith Fischer, Zentrum für Verwaltungsmanagement, HTW Chur; Prof. Dr. Franz Kronthaler, Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, HTW Chur

Telefonumfrage nach dem Zufallsprinzip

Um Antworten auf die Fragen zu finden, wurde im Dezember 2010 eine computergestützte Telefonumfrage mit Hilfe von Studierenden der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur im Bachelorstudium Betriebsökonomie durchgeführt. Kernelement der Befragung bildete ein Fragebogen, der in drei Teile untergliedert war und mit dem Personen befragt wurden, die aktuell ein politisches Ehren- oder Nebenamt ausüben (Teil 1), die früher ein politisches Ehren- oder Nebenamt ausübten (Teil 2) und die bisher kein politisches Ehren- oder Nebenamt ausübten (Teil 3). Die Personen wurden nach ihren Beweggründen zur Ausübung beziehungsweise Nichtausübung des politischen Ehren- oder Nebenamtes befragt. Zusätzlich wurde nach Lösungsmöglichkeiten gefragt, wie das Engagement erhöht werden kann.

Befragt wurde nach dem Zufallsprinzip. 1876 Bündnerinnen und Bündner aus 25 zufällig ausgewählten Gemeinden kleiner und mittlerer Grösse wurden telefonisch kontaktiert. Davon waren 505 Personen bereit, an der Umfrage teilzunehmen, wobei 24 Personen nicht abstimmungsberechtigt waren. Damit standen für die Auswertung 481 Fragebögen zur Verfügung.